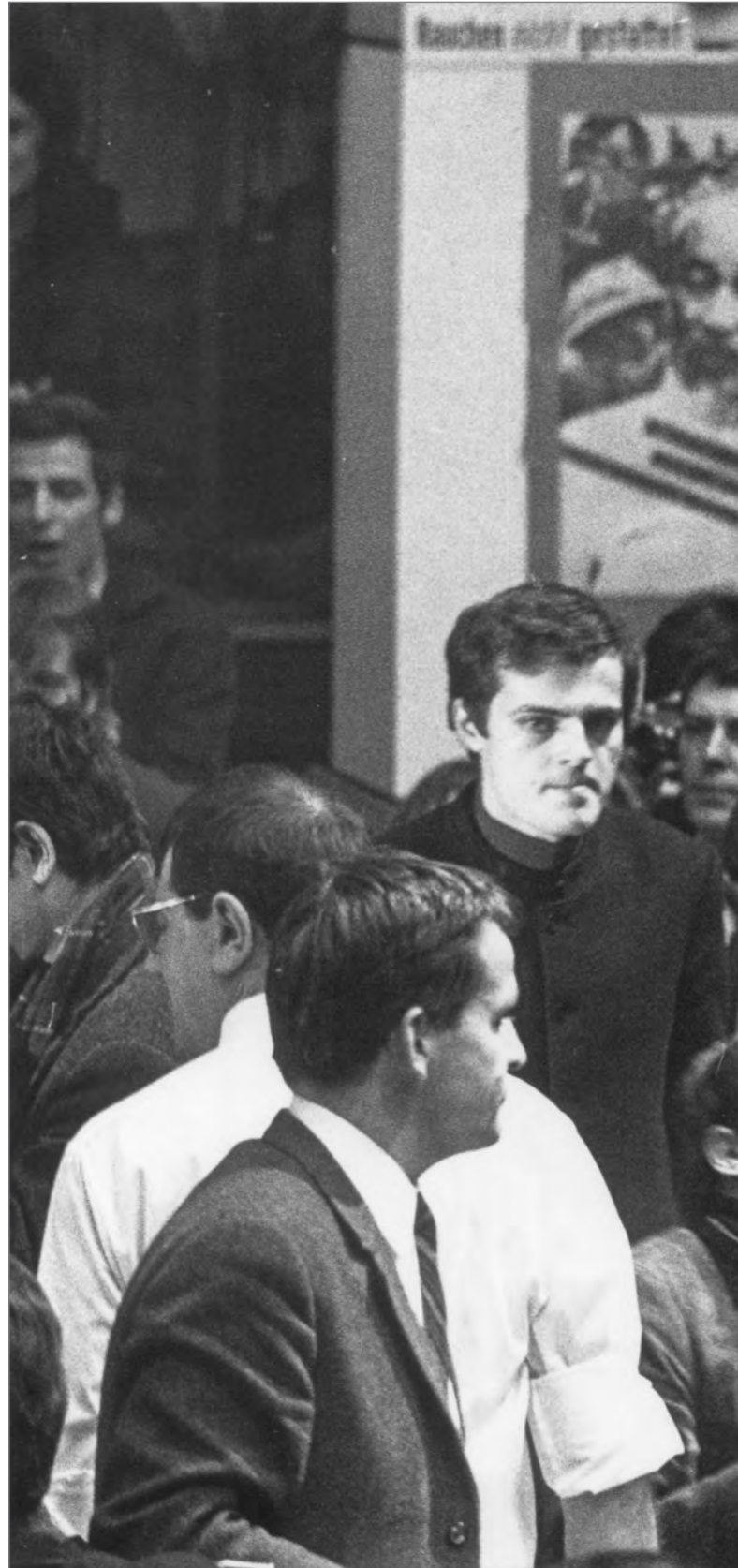


10 „Unter den Talaren...“ Hochschulgründung in Zeiten des Studentenprotestes

Als Teil einer internationalen Studentenbewegung, die sich insbesondere gegen den Vietnamkrieg und die Unterstützung autoritärer Regime in der Dritten Welt richtete, entwickelte sich in Deutschland seit 1965 von Berlin aus eine studentische Protestbewegung, die zunächst eine Reform der Hochschule forderte, bald aber zu einer Studentenrevolte gegen die etablierte Wertewelt der westdeutschen Gesellschaft heranwuchs. Im Gegensatz zu den größeren Universitätsstädten in Deutschland verlief der studentische Protest in Bielefeld nur vereinzelt und relativ schwach. Zwar gab es mit der Pädagogischen Hochschule, der Werkkunstschule und der Staatlichen Ingenieurschule in Bielefeld mehrere universitätsähnliche Einrichtungen, deren Studierende u.a. bei der Grundsteinlegung der Bielefelder Universität 1968 gegen die Bildungspolitik der Landesregierung demonstrierten, ein ausgeprägtes universitäres Milieu fehlte vor Gründung und Etablierung der Universität jedoch.

Während Helmut Schelsky der Assistenten-schaft in seiner Konzeption zu recht eine gewichtigere Rolle zumaß, suchte er das Gespräch mit den Studenten kaum. Lediglich als Reflex auf die Studentenbewegung und um Proteste der Studierenden gegen die mitunter als „Eliteuniversität“ titulierte Bielefelder Universitätsgründung zu verhindern, boten Helmut Schelsky und die Universitätsplaner den Studierenden Mitwirkungsmöglichkeiten in den Gründungsgremien der Universität an. Nach einer kurzen Phase des stärkeren Engagements der vom Verband deutscher Studentenschaften (vds) nominierten studentischen Vertreter traten diese jedoch aus den Gründungsgremien zurück. In der „heißen Phase“ der Studentenproteste waren dabei konzeptionelle Differenzen, aber auch die unangemessene Repräsentation und das fehlende formale Mitspracherecht die Ursachen für diesen Schritt. Trotz des Austritts verstanden die Studenten den Entwurf der Universität Bielefeld als positiven Versuch die Gleichberechtigung der Forschung neben der Lehre und ihre Vorrangigkeit gegenüber der Verwaltung wiederherzustellen. ■



Am 17. und 18. Februar 1968 fand an der Berliner Technischen Universität der Vietnamkongress und die nachfolgende Demonstration statt, an der über 10.000 Studenten teilnahmen. Rudi Dutschke, der bekannteste Wortführer der Studentenbewegung, rief zur massenhaften Desertion amerikanischer Soldaten auf.

Foto: Landesarchiv Berlin/ Siegmann, Horst (F Rep. 290).





Links: Demonstration von Studenten gegen den Vietnam-Krieg auf dem Berliner Kurfürstendamm am 18. Februar 1968.

Foto: Landesarchiv Berlin/Bert Sass.

Eine Universität – Zwei Ansichten Gegenüberstellung der Positionen des studentischen Vertreters im Gründungsausschuss Peter Müller und Helmut Schelskys zur Konzeption der Universität Bielefeld

Ansicht Müller zur „Machtideologie der Professoren“:

„Die Autonomie der wissenschaftlichen Hochschulen müsse ständig politisch vertreten und durchgesetzt werden. Um diese politischen Aufgaben wahrnehmen zu können, müsse das Rektorat einheitlich besetzt werden.“

„Das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sei so gestaltet, dass stets politische und gesellschaftliche Interessen an die Universität herangetragen würden und auf den verschiedensten Ebenen in ihr wirkten.“

„In den beschließenden Universitätsgremien müsse der Grundsatz gelten, dass keine Gruppe der Universität von irgendeiner Entscheidung ausgeschlossen sein darf.“

„Man müsse eine klare Abgrenzung zwischen der Exekutive und der parlamentarischen Kontrollinstanz herbeiführen“, durch die das parlamentarische Gremium die Möglichkeit der Revision der Entscheidungen habe und die Exekutive weisungsgebunden sein müsse.

„Innerhalb der Universität müssten die universitären Gruppen die Möglichkeit haben, sich zur Wahrung ihrer sozialen Interessen zu Teilkorporationen zusammenzuschließen.“

Quelle: Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Gründungsausschusses und des wissenschaftlichen Beirats für die Universität Bielefeld am 17.06.1968, S. 17f.

Ansicht Schelsky zur „Machtideologie der Studenten“:

Schon „...allein dadurch, dass man die Beziehungen zwischen Professoren und Studenten (und Assistenten) zu einer Auseinandersetzung von „Herrschaftsparteien“ macht, wird eine massive Politisierung der Universität erstrebt, ja ist zum Teil schon durchgesetzt.“

Er akzeptiert die „Versuche einer totalen Politisierung im Sinne einer totalen politischen Weltanschauung anhand der Universität (...) als Sprungbrett und Basis für eine gesamtgesellschaftliche Revolution und für eine Strukturveränderung unserer gesamten staatlichen und sozialen Situation“ nicht.

„Gezielt wird auf eine Herrschaft oder zumindest auf eine Teilnahme an der Herrschaft ohne Verbindlichkeit und Leistungsnachweis: Eine Jugendutopie, die jeder ihrer Vertreter in einem späteren Zeitpunkt widerrufen wird oder zu widerrufen gezwungen ist.“

Auf die Anwendung von Theorien der Politologie und Soziologie als Argumentationsbasis der Studenten reagiert Schelsky mit der Schlussfolgerung: „Man könnte populär sagen. Diese Vorstellungen der Studenten beruhen auf einem missverstandenen Karl Marx und einem halb gelesenen Max Weber.“

Quelle: *Christ und Welt. Deutsche Wochenzeitung*, 14.06.1968, Wer herrscht in der Universität? Studenten und die Autorität der Professoren. Der Kampf der Ideologen.





Während der Grundsteinlegung der Universität Bielefeld am 21. Juni 1968 demonstrierten Studenten gegen die Politik der NRW-Landesregierung und für die Eingliederung der höheren Wirtschaftsschule in den Hochschulbereich.

Fotos: G. Rudolf/Universitätsarchiv Bielefeld.

Studenten sollen ihr Studium mitgestalten

Rektorat muß kritische Überlegungen in Gang bringen

Von Kurt Junghänel

Bielefeld (WB). In der gestrigen Sitzung des Konvents wurde Prorektor Professor Dr. Karl-Peter Grottemeyer als einziger Kandidat für das Amt des Rektors der Universität Bielefeld aufgestellt. Vor seiner Wahl zum neuen

Rektor der Bielefelder Universität nahm er vor dem aus Professoren, Assistenten und Studenten bestehenden Konvent auf Anfrage die Gelegenheit wahr, Aspekte und Voraussetzungen seiner Amtsführung darzulegen.

Als ein fernes Hauptziel nannte er: den in Bielefeld entstehenden Fächer von Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen in Weiterentwicklung mit zukunftsorientierter Realisierung der Strukturmerkmale in gemeinsamer Verantwortung zu einem integrierten Bildungssystem werden zu lassen.

Diese Aufgabenstellung verlange eine Stützung auf alle Gruppen in der Universität. Dazu sei vor allem eine kontinuierliche Information notwendig, die auch den Hintergrund zu erhellen vermöge.

Grottemeyer wies auf die Gefahr hin, daß eine einzelne Gruppe in ihren Interessen aufgehen oder daß die eine Gruppe gegen die andere pauschal und permanent agieren könnte.

Um bei der genannten Zielvorstellung nicht der Täuschung eines großen Schilderwechsels zu unterliegen, werde das Zentralstück der Bielefelder Universitätsarbeit in der Schaffung eines „inneren“ Bandes liegen. Dieses Band müsse durch ein konsequentes und entschlossenes Eingehen auf die Entwicklung und Erprobung der Curricula entstehen. Eine solche Form von Lehrveranstaltung sollte nicht nur auf den Veränderungen in der Struktur der einzelnen Wissenschaften basieren, sondern die Verwendungssituation und die Berufspraxis sowie den eigentlichen Lernprozeß einschließen. Hier sollten alle Fakultäten tätig werden, experimentieren und kritisch überprüfen.

Interdisziplinäres Konzept

Vom interdisziplinären Konzept in Forschung und Lehre sei schon häufig die Rede gewesen. „Ich frage allerdings, in welchem Maße wir dieses Konzept realisieren können, wenn es bislang kaum gelungen ist, zu einer inhaltlichen echten Abstimmung von Lehrveranstaltungen zu kommen.“ Sicherlich trügen der rasante Start der Bielefelder Universität und die damit verbundene notwendige Improvisation Schuld daran.

Ein bloßes Abstimmen auf diesem Sektor genüge allerdings nicht. Es gelte auch hier zu erproben und Erfahrungen zu sammeln. Dazu müsse jedoch selbst die Ausbildungs- und Forschungsplanung zum Gegenstand der Untersuchung werden.

Eingehend auf die Universitäts-Schwerpunkte und deren inhaltliche Beschreibung äußerte sich der neu-gewählte Rektor: „Es ist unser Ziel,

dem Studenten die Möglichkeit zu verschaffen, den eigenen Lernprozeß mit zu organisieren und auf seine Methoden und Ziele zu durchschauen.“

Als wichtigste Aufgabe des Rektorats sah Karl-Peter Grottemeyer es an, gerade solche kritischen Überlegungen in Gang zu bringen. Die universitäre Verwaltung solle nicht um der Verwaltung willen betrieben nachgehen: Was ließ sich verwirk-

werden, sondern der Verwaltung der Wissenschaften dienen.

Rektor Grottemeyer beabsichtigt, die Konzeption für seine Amtsführung zu Beginn des Sommersemesters 1970 dem Konvent und der universitären Öffentlichkeit vorzulegen. Diese Konzeption, auf die sich der jährliche Universitätsbericht zu beziehen habe, werde auch den Fragen lichen? Wo gab es Schwierigkeiten? Was schlug fehl?



Nach der Wahl diskutierte der erste Gründungsrektor, Professor Mestmäcker (rechts), mit dem neu-gewählten Rektor der Bielefelder Universität, Professor Grottemeyer. Fotos: (2): G. Rudolf

Kirchenzeitung: Für Kontakte zum Osten beten

München (dpa). Die „Münchener Katholische Kirchenzeitung“ hat gestern die Gläubigen angerufen, für das Gelingen der gegenwärtigen Bemühungen der Bundesrepublik um Ostkontakte zu beten.

Die unendlich wichtigen und vielfach bedrohten Anstrengungen, Kontakte nach Osten herzu-

stellen, sollten „wir“ nicht nur teilnahmslos beobachten, schreibt die Kirchenzeitung für das Erzbistum München und Freising. Wir sollten selbst etwas tun, „zum Beispiel: Beten“. Hier könnten wir unserem Herrgott „einmal ganz konkret einige Namen und Adressen sagen“, meint die Kirchenzeitung und nennt unter anderem folgendes Gebetsbeispiel: „... daß Du die Bemühungen der Politiker, Gewerkschaftsfunktionäre und Wirtschaftsfachleute, friedliche Übereinkünfte mit den Menschen in östlichen Ländern herzustellen oder zu verbessern, mit deinem Segen begleiten wolltest — wir bitten Dich, erhöhe uns.“

Nach Gründung der Universität förderte besonders das von Universitätsrektor Karl Peter Grottemeyer gepflegte Klima der Kommunikation und konstruktiven Mitarbeit aller Statusgruppen eine wachsende Mitbestimmung der Studenten an der Bielefelder Universität.



Erwartungen und Enttäuschung

Studentische Überlegungen zur Bielefelder Reformuniversität

Von Dirk Ukena, Gründungsbeauftragter der Universität Bielefeld

Die Entwicklungen der westdeutschen Hochschulen und ihr Verhältnis zum außerwissenschaftlichen, insbesondere wirtschaftlichen und staatlichen Bereich, ist in den vergangenen Jahren durch eine nahezu ausschließlich einseitige Annäherung bestimmt.

Die herrschenden Bedürfnisse der Gesellschaft werden im wesentlichen zweifach sichergestellt: Zum einen verläßt die Forschung zunehmend die Universitäten, zum anderen wachsen die Versuche, Einfluß auf die Inhalte der von der Universität vermittelten Ausbildung zu nehmen.

Das letztere hat bedeutet, daß es für die Studenten interessant und wichtig wurde, näher die Gesellschaft und in ihr den herrschenden Teil zu untersuchen. Schließlich muß man in ihr einmal seinen Beruf finden. Nur von hierher ist die Hochschulrevolte der letzten Jahre verständlich.

Auch für die Universität Bielefeld haben sich daraus einige bedeutsame Entwicklungen ergeben. War der Begriff „Reformuniversität“ anfangs auf die Forschungsfunktion der Universität bezogen, findet er jetzt zunehmend Anwendung auf Lehrformen. Hochschul- und wissenschaftsdidaktische Überlegungen werden in Bielefeld eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Die Namen mancher berufenen Assistenten und Professoren scheinen das zu garantieren. Von den Studenten kann das nur begrüßt werden.

Welche konkrete Hoffnungen und Anregungen kann man als Student bei Beginn des Studienbetriebs hegen bzw. geben?

Es wird für die Studenten in Bielefeld entscheidend sein, welche Bedeutung die Dozenten den in den „Empfehlungen des Gründungsausschuß von 1967“ vorgeschlagenen Studiengruppen, beimessen und mit welchem Inhalt sie selbst dies Konzept ausfüllen.

Anfangs als „Betreuungsgruppe“ gedacht, in der ein Professor die Studenten „anleitet“, hat das Aufbrechen der Ausbildungsproblematik und die beginnende Selbstorganisation der Studenten in Basis-, Ad-hoc- und Projektgruppen auch das Bielefelder Studiengruppenkonzept verändert.

Leider geben die Studienpläne der drei beginnenden Fächer hierzu wie zu manchen anderen Fragen wenig Auskunft. Die vom Gründungsausschuß angestrebte fachspezifische Adaption der Empfehlungen blieb aus.

Im Konkreten: Die Idee der Studiengruppen wird in dem Vorschlag der Mathematiker erwähnt, man hat es aber offensichtlich mit seinen Überlegungen nicht weitergebracht als der Gründungsausschuß, dem die Idee einer Großfamilie vorzuschweben schien. Von irgendeinem Stellenwert dieser Einrichtung in der Ausbildung und Forschung der Mathematiker ist wenig zu ahnen.

Bei den Juristen greift man den Vorschlag gar nicht erst auf. Wenigstens angreifen hätte man ihn sollen, wenn man schon nichts davon hält.

Lediglich die Soziologen haben sich in Ansätzen Neues überlegt. Hier sind die Studiengruppen als problemorientierte Gruppen definiert, die sich an bestimmten Themen und Aufgaben orientieren.

Auch in anderen Fragen sind die Reformen der Universität nur halbherzig geblieben. Der von den Studenten als einzig mögliche Begründung für den prinzipiellen Numerus clausus erwartete große Wurf einer Studienreform blieb bisher aus.

Auch hierzu eine Einzelkritik:

- Die von den Studenten schon früh befürchtete Verfestigung der einzelnen Fächer scheint eingetreten zu sein; fachübergreifende Aspekte des Studiums in Lehre und Forschung werden nur ungenügend anerkannt und beachtet.

- Damit hängt die ungenügende Bereitschaft zur Lösung von herrschenden Berufsvorstellungen bzw. Ausbildungsgewohnheiten zusammen.

- So ist es nur folgerichtig, daß die bestehenden Prüfungsordnungen weitgehend beachtet und nicht einmal programmatisch mißachtet wurden. Weitergehende Reformideen wurden somit unmöglich gemacht. Die u. E. notwendige interdisziplinäre Organisation der Studienverläufe konnte so nicht in Angriff genommen werden.

- Statt dessen wird lediglich Hochschuldidaktik im engsten Sinne und keine Wissenschaftsdidaktik getrieben, die sich unter dem Programm der Forschungsbeteiligung der Studenten auch mit der Forschungsorganisation zu beschäftigen hätte, da diese ja ein Teil des Studiums sein soll. Lediglich wiederum bei den Soziologen finden sich hier einige Ansätze.

Zusammengefaßt: Es wird nicht genügend beachtet, daß der Numerus clausus als ein struktureller nur durch das Ausmaß der Reformen, die angestrebt werden, gerechtfertigt werden kann.

Trotzdem besteht noch Hoffnung, daß unter direkter Mitwirkung der Studenten die



Erster Rektor der neuen Bielefelder Universität wurde Prof. Ernst-Joachim Mestmäcker, der zur Zeit bedauerlicherweise an schwerer Krankheit laboriert. Unser Bild zeigt ihn in einer Besprechung mit den Professoren Luhmann und Kaufmann. Links Kanzler Dr. Firnhaber und Öffentlichkeitsbeauftragter Dr. Nieraad

Studienpläne sich noch in Richtung ihrer Vorschläge verändern lassen. Insbesondere das erfolgreiche Experiment einer Organisation über Studiengruppen könnte ein Modell dafür abgeben, daß große Studentenzahlen durch ein die Selbstorganisation förderndes Studienverhalten durchaus von den bestehenden Hochschulen zahlenmäßig zu verkraften sind. Der Mut zu Experimenten muß von der Universität verlangt werden, soll das Instrument des Numerus clausus nicht zu einer bequemen Rechtfertigung der bestehenden Strukturen werden.

Ein erfolgreich verlaufendes Experiment würde dann noch nachträglich die Bestätigung der Richtigkeit der Einführung des Numerus clausus erbringen. Der kurzfristige Bielefelder Numerus clausus könnte dann

langfristige Zulassungsbeschränkungen verhindern.

Insbesondere die ostwestfälische Öffentlichkeit wird aufgefordert, den Numerus clausus nur als kurzfristige Lösung zuzulassen. Ähnlich wie die Universität Bochum gibt sich auch die Bielefelder Universität die Möglichkeit, die hier vorhandenen Bildungsreserven aufzuschließen – ein fürchterlicher Ausdruck für eine richtige Politik – und den Anteil der Kinder von Lohnabhängigen zu erhöhen. Die oftmals nachgewiesene klassenspezifische Auslesefunktion des Numerus clausus würde gerade die sozial Schwachen treffen und die ihnen mit der Universität Bielefeld gegebenen Möglichkeiten versperren.

Diese Ausführungen sollen das Schwerkewicht andeuten, mit dem die Bielefelder

Studenten in ihren Fachbereichen arbeiten. Die Bilanz der Planungsarbeit mag etwas trübe aussehen. So sei zum Abschluß noch lobend auf die insbesondere letzte Phase der Bauplanung von seiten der Universität eingegangen. Wissenschaftliche Methode hat hoffentlich endgültig Eingang in die Planungsgremien der Universität gefunden. Daß das Ergebnis der inneruniversitär offenen Diskussion die einstimmige Favorisierung des von den Studenten schon früh empfohlenen Modells erbrachte, erfreut natürlich, erscheint aber weniger wichtig als die praktizierte Methode.

Die Studenten würden gerne sehen, wenn sich diese Ansätze weiter ausbauen ließen. Möge die Universität Bielefeld insbesondere in dieser Hinsicht sich schnell entwickeln.

Links und Oben: In der *Neuen Westfälischen* zog Dirk Ukena, Beauftragter der Vereinigten Deutschen Studentenschaften für die Gründung der Universität Bielefeld und zeitweise Mitglied des Gründungsausschusses der Universität, trotz aller Kritik ein positives Bild der Universitätsgründung aus studentischer Sicht.

Quelle: *Neue Westfälische*, 15.11.1969.

Gründungsaußschuß der Universität bedauert den Auszug der Studenten

Doch noch Hoffnung auf Mitarbeit – Stellungnahme von Prof. Mestmäcker

Bielefeld. Der Rektor der Universität Bielefeld, Professor Dr. Ernst-Joachim Mestmäcker, gab gestern eine Stellungnahme zu dem Auszug der Studentenvertreter aus dem Gründungsaußschuß der Bielefelder Universität ab. Wenn dies tudentischen Vertreter im wesentlichen ihren Auszug damit begründen, daß bei einem Verhältnis von 13 Professoren und einem Studenten "eine angemessene Mitwirkung der Studenten an der Beratung und Beschlußfassung in diesem Gremium nicht gewährleistet" sei, so müsse dazu festgestellt werden, daß „der Antrag der Studenten auf Erhöhung der Beteiligungsquote im Gründungsaußschuß auf 25 Prozent gegen die von den Studenten mitdiskutierte und verabschiedete Satzung verstößt“. Professor Dr. Mestmäcker schreibt:

Quelle: *Neue Westfälische*, 9.7.1969.

Links: Die Studenten forderten die Drittelparität als Prinzip der Gleichberechtigung, die Öffentlichkeit der Gremien, die Verankerung von Urabstimmungen in der Hochschulverfassung und die Mitbestimmung über die Verwertung, den Inhalt und die Methoden von Forschung und Lehre. Trotz vieler Mängel stimmte der Verband deutscher Studentenschaften dem Verfassungsentwurf für die Universität Bielefeld als Chance für eine demokratische Hochschule zu.

Quelle: *Neue Westfälische*, 3. März 1969, Ukena, Dirk. Sprecher des VDS für Bielefeld

